

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: K. Bebel, Petersstraße 18, F. Tzielle, Emilienstraße 2.

# Der Volksstaat

Erscheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Abonnementspreis: Für Preußen incl. Stempelsteuer 16 Mgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 Mgr. per Quartal.

Subskription für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101, Hoboken N.J. via New York

## Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

### Bekanntmachung.

Die Redaktion und Expedition des „Volksstaat“ befindet sich vom 1. Januar 1872 an Hohe Strasse Nr. 4 parterre. Alle Briefe und Geldsendungen sind von Neujahr an dorthin zu adressieren.

Mittwoch den 27. Dezember, als am dritten Weihnachtsfeiertag, erscheint der „Volksstaat“ nicht.

Mit dem 1. Januar beginnt ein neues Abonnement auf den „Volksstaat“; wir ersuchen unsere geehrten Leser, rechtzeitig dasselbe erneuern zu wollen, damit keine Unterbrechung in der Zusendung eintrete.

Der Preis ist derselbe wie bisher, und beträgt in Preußen unter Zuschlag der Zeitungssteuer pro Vierteljahr 16 Sgr., im übrigen Deutschland nur 12 Sgr. — 42 fr. süddeutsch. Die Buchhändlerabonnements sehen wir uns genöthigt für das Inland (für das Ausland tritt keine Veränderung ein) vom 1. Januar ab insoweit aufzuheben, als nicht mindestens 10 Expl. durch eine Buchhandlung bestellt werden. Die Abonnenten, welche also bisher Einzelbestellungen bei Buchhändlern machten, wollen dies künftig bei der Post thun.

### Zur Gesetzeskunde sächsischer Staatsdiener.

Wohl in keinem Lande herrscht unter den einzelnen Behörden eine so maßlose Verwirrung der Rechtsbegriffe wie in Sachsen. Kaum hat das Dresdener Ministerium betreffs der ungerechten Ausweisung Most's dem Leipziger Polizeidirektor eine zurechtweisende Letztion erteilen müssen, so hebt auch die Kreisdirektion die von demselben Polizeibeamten verhängte Strafe (8 Tage Gefängnis) gegen Liebknecht wegen des Aufrufs für die Chemnitzer Strikenden, als ungesetzlich auf. Einige Tage vor dem Eintreffen des Kreisdirektionsbescheids auf den Liebknecht'schen Rekurs hatten aber die Parteigenossen Hablich und Hepner Thl. 1. 17. 6., resp. Thl. 5. 23. — Strafe aus demselben Grunde zahlen müssen, aus welchem Liebknecht zu 8 Tagen Gefängnis verurtheilt worden war, nachdem sie die 10 Appellationstage unbenutzt, und dies zum Theil auf Anrathen der Polizei, hatten verstreichen lassen. Nun weigert sich die Polizei, die unrechtmäßig erhobenen Strafgebühren zurückzahlen, weil die Betroffenen nicht Rekurs ergriffen und das Urteil haben rechtskräftig werden lassen; es wird daher seitens der Geschädigten gerichtliche Klage gegen das Polizeiamt angestrengt werden.

Gleichzeitig geschieht in Krimmitschau ein Wunder. Dort hatte vor einigen Monaten die nationalliberale Polizei eine Bürgererversammlung zur Besprechung kommunaler Angelegenheiten verboten, weil über letztere nur die Väter der Stadt zu berathen hätten. Dieser beschränkten Ansicht trat (auf eingelegten Rekurs seitens der Versammlungseinberufer) die Zwickauer Kreisdirektion bei, so daß das Dresdener Ministerium auch in diesem Fall den „liberalen“ Polizeimännern moros Lehren mußte. Der Ministerialbescheid, durch welchen der Urtas des Krimmitschauer Polizeibeamten aufgehoben wird, wurde übrigens den Reklamanten nicht dem Wortlaut nach, sondern nur auszugsweise mitgeteilt, — was darauf schließen läßt, daß in dem Entscheid sich Manches befindet, was der zurechtgewiesene Polizeibeamte der Deffentlichkeit zu übergeben sich genirte.

Den Bürgermeister von Mittweida lassen die Vorbeeren der dortigen Richter nicht schlafen. Auch er will sein Scherflein zur Vernichtung der Sozialdemokratie beitragen und ist zum „heiligen Kampf“ für den bedrohten Thron und Altar ausgezogen. Ob er dabei über die Schnur haut und die Gesetze verletzt — was kümmert das ihn, ist er ja doch der unumschränkte „Kath, gez. Dr. Stumm“. Vor einigen Tagen erlaubte sich dieser Mann, eine Versammlung zu verbieten, weil die Einberufer ihm die Namen der Redner oder wenigstens des Referenten nicht im Voraus namhaft machen wollten. Und doch ist in dem ganzen, langen Versammlungsgesetz mit keiner Sylbe die Rede davon, daß hierzu eine Verpflichtung vorhanden sei! Wie sieht es im „Rechtsstaate“ denn gar keinen Schutz gegen die Willkür der Beamten, welche zu träge sind, sich mit den Gesetzen bekannt zu machen? Das Berliner Obertribunal hat vor einem halben Jahr den gewaltigen Widerstand gegen eine seitens der Polizei ohne staatsanwaltlichen Befehl vorgenommene Hausdurchsuchung für berechtigt anerkannt. Sollten wir nicht

ebenso gut berechtigt sein, die unerlaubten Versammlungsverbote gesetzesunkundiger Beamten zu ignoriren? —

Eine noch viel eklatantere Gesetzesverletzung seitens der Behörde ist vor einigen Tagen in Zwickau passiert. Von dort schreibt man unterm 10. Dezember dem „Krimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“:

„Am gestrigen Tage hatten wir eine Volksversammlung „zur Besprechung der Arbeiterfrage“ Vormittags angemeldet, erhielten aber hierauf vom Herrn Stadtrath Urban die Mittheilung: „Er verbiete die Versammlung, da offenbar die Principien der Sozial-Demokratie unter dieser Tagesordnung besprochen werden sollten.“

„Nachmittags in der 4. Stunde wird darauf von einem anderen Veranstalter eine Versammlung auf dieselbe Zeit mit der Tagesordnung: „Handhabung des Gesetzes über das Vereins- und Versammlungsrecht und Berathung über eine deshalb an den Landtag zu richtende Petition“ angemeldet, ihm darüber gebührende Anmeldebekanntmachung ausgestellt, und glaubt derselbe nun, seiner Sache ganz sicher zu sein, findet aber dann zu seinem Erstaunen, daß in der Sonntagsnummer des „Zwickauer Tageblattes“ die von ihm aufgegebene Bekanntmachung der Versammlung nicht enthalten ist, und hört zu noch größerem Erstaunen auf Nachfrage weiter, daß kurz vor Mittag ein Polizeidiener in der Druckerei die Nichtaufnahme der Bekanntmachung der Versammlung verlangt hat.“

— Wenn aber Jemand gemeint haben sollte, die Versammlung würde deshalb unterbleiben, so hat man sich getäuscht; es werden Plakate gedruckt und die Versammlung wird doch stattfinden.“

Mit welchem Rechte, resp. auf wessen Geheiß, hat nun jener Polizeidiener dem „Zwickauer Tageblatt“ die Aufnahme der Annonce „verbieten“, nachdem die Versammlung offiziell genehmigt worden war?

### Zur neuesten Sächsischen Reaktions-Aera

Schreibt die „Frankfurter Zeitung“, die bekanntlich nicht auf sozialdemokratischem Standpunkt steht, in ihrer No. 348 vom 14. Dezember wie folgt:

„Die sächsische Regierung beginnt jetzt auf eigene Faust zu thun, was nach ihrem Wunsche eigentlich von Reichswegen geschehen sollte. Bekanntlich wollte sie, die sich von den „Rothen“ ebenso stark belästigt fühlt als die bayerische Regierung von den „Schwarzen“, das Ausnahmegesetz gegen den Amtsmißbrauch der Weislichen dahin erweitert und formulirt wissen, daß es sich auch brauchen ließe gegen die Sozialdemokraten. Der Bundesrath ist darauf nicht eingegangen. So sucht sich die Regierung Sachsens denn selbst zu helfen. Wir haben die Bekanntmachung des Leipziger Polizeiamts mitgeteilt, worin der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Ursehde angefangt, die bisherige Duldung aufgekündigt, und unter Androhung einer vierwöchentlichen Haft Jedem die Betheiligung an dem auf Grund des Eisenacher Programms constituirten Arbeiterverein untersagt wird. Das Verbot ist charakteristisch nach zwei Seiten hin. Fürs Erste in Anbetracht des formalen Rechts, das dabei angerufen wird. Das Leipziger Polizeiamt revidirt\*) plötzlich eine Clausel des Vereinsgesetzes aus der sächsischen Reaktionsperiode, die es bisher hatte schlummern lassen. Jahre lang benetzte die sozialdemokratische Arbeiterpartei sich in Sachsen ungehindert trotz dieser Clausel. Sie hielt ihre Versammlungen, erließ ihre Aufrufe zum Beitritt, veröffentlichte ihre Statuten — keinem Diener des Gesetzes war es eingefallen, daß der Verein an sich ein ungesetzlicher sei. Jetzt mit einem Male will man, gestützt auf die „Ausläufer“ eines Schriftsetzers, entdeckt haben, daß der Verein ein „Zweizverein“ sei, und entnimmt daraus die Berechtigung, ihn zu verbieten. Merkwürdiger als die formale Motivirung des Verbots ist indes der materielle Grund, der dafür angeführt wird. „Fast jede Nummer, so heißt es wörtlich in der Bekanntmachung, „fast jede Nummer des Vereinsorgans „Volksstaat“ verräth als Zweck des Vereins, wenn nicht direkte Aufforderung zum Hochverrath, doch die Absicht, zu Gesetzesübertretungen nach dieser Richtung hin geneigt zu machen.“ Man sieht, das Leipziger Polizeiamt hat hier förmlich in die Legislatur hinübergegriffen, oder richtiger gesagt, hineingepfuscht. Bergelblich würde man im deutschen Strafgesetzbuch einen Paragraphen suchen, der etwas dem Aehnlichen enthielte. Was das Leipziger Polizeiamt im Strafgesetzbuch nicht fand, schuf es sich selber. Es konstruirt ein ganz neues Vergehen, das in dem Verrathen der Absicht, zu Gesetzesübertretungen nach der Richtung des Hochverraths hin geneigt zu machen, bestehen soll. Es macht sich also — wenn nicht ein Spezialgesetz, das von Reichswegen verfaßt worden war, so doch eine Spezialdoctrin, eine Ausnahmelehre zurecht. Und auf diese Kriminaltheorie stützt es sein Verbot. Es wird unnöthig sein, den Nachweis zu führen, daß die Theorie des Leipziger Polizeiamts allen Rechtsbegriffen Hohn spricht. Man kann sie mit einem Worte abthun: sie ist polizistischer. Wir wollen deshalb auch nicht annehmen, daß der Ursprung derselben über die Leipziger Polizeistube hinausreicht und daß etwa die sächsische Regierung dafür direkt verantwortlich zu machen wäre. Die Initiative zu dem Verbot selber aber ist ohne allen Zweifel — der erwähnte Antrag Sachsens im Bundesrath gestattet ihn nicht — in

Dresden ergriffen. Und das Verbot — ganz abgesehen von der monströsen Begründung desselben — ist ein ebenso verfehlter als heidauerlicher Schritt. Nach Cassel's Rede über die Internationale, welche wir vor wenigen Tagen unsern Lesern in aller Ausführlichkeit mitgetheilt haben, wäre es unmöglich, in dieser Beziehung etwas Neues zu sagen. Aber was wir zu bemerken nicht unterlassen dürfen, ist, daß die ersten Mahnungen, die der bereidete Spanier an seine heimische Regierung richtete, auch für Deutschland ihre volle Gültigkeit haben. Mit Verboten, mit polizeilichen Maßregeln, mit Ausnahmegeetzen erstickt man die sozialdemokratischen Gedanken, erdrückt man die sozialdemokratische Bewegung nicht. Denn die letztere ist erwachsen aus den tatsächlichen sozialen Zuständen der Gegenwart und der Vergangenheit. Der Ruf nach Heilung der sozialen Schäden, den sie erhebt, ist das Symptom einer vorhandenen sozialen Krankheit. Die spezifischen Mittel, welche die sozialdemokratischen Heilkünstler empfehlen, mögen nicht die rechten sein — und auch wir halten sie nicht dafür — aber man heilt eine Krankheit der Gesellschaft nicht, indem man jene spezifischen Mittel auf den Zunder setzt\*) und indem man die Leute, die daran glauben, in die Nacht erklärt. Mit dieser Methode treibt man diejenigen, die für das Kollektiv-eigentum schwärmen, die die Abschaffung der Lohnarbeit und den Krieg gegen das Kapital predigen, immer tiefer in die Sonderstellung und immer stärker in den Gegensatz zu der ganzen übrigen Gesellschaft hinein. Indem man sie anders und schlechter behandelt, als die übrigen Staatsangehörigen, indem man ihnen das Recht der freien Vereinigung verweigert, das den Uebrigen gewährt ist, gibt man ihnen ein Recht, diese Uebrigen als Privilegirte zu hassen. Mit dem sich steigenden Haß werden immer neue und einschneidendere Maßregeln sich nöthig erweisen. Man wird von einer Beschränkung des Vereinsrechts zur andern, von da zur Verneinung der Pressefreiheit hinübergreifen, man wird die sozialdemokratische Agitation in das Dunkel der Nacht treiben, man wird Märtyrer in Masse erzeugen, und nachdem dann alle Ventile belästet und überlastet sind, springt endlich der Kessel. Wenn auf irgend einem Gebiete, so gilt es auf dem der sozialen Bewegung und Entwicklung, daß der Friede nur in der Sonne der Freiheit erblüht.“

Die 23jährige Wittve des in Marseille fälschten kommunalistischen Advokaten Gaston Crémieux hat an die dortige „Egalité“ ein Schreiben gerichtet, worin sie der Bevölkerung von Marseille für die ihr bewiesene Theilnahme ihren Dank ausspricht und in dem sie unter Anderm sagt:

„Wenn ich zu der zahlreichen Menge sprechen könnte, welche sich am Sonnabend vor der Wohnung der trauernden Hinterbliebenen drängte und am Sonntag auf der letzten Ruhestätte des Opfers, würde ich sagen: „Im Namen desjenigen, welcher nicht mehr ist, im Namen seiner 3 kleinen Kinder, gebiete ich meinem grenzenlosen Schmerz einen Augenblick Stillstand, um Ihnen für die rührenden Beileidsbezeugungen zu danken, welche Sie uns erwiesen haben. Wenn die Verzweiflung, welche mich erfaßt, gelindert werden könnte, würden Ihre Trostspendungen diese Wirkung haben, — aber welche Linderung ist möglich in einer so schrecklichen Lage! ... Und gleichwohl bin ich stolz, mich die Wittve von Gaston Crémieux heißen zu können; Gaston's, welcher gestorben ist, wie Republikaner zu sterben verstehen, bis zum letzten Athemzuge die Gesinnungen seines ganzen Lebens behauptend. — Ich habe für Alle nur meine geringen Dankesbezeugungen; aber seine Kinder werden den verhängnißvollen Tag des 30. November 1871 nicht vergessen; sie werden sich dem Volke widmen, welches ihr Vater geliebt hat, und wie er, werden sie die Republik lieben, für die er gestorben ist. Es ist meine Aufgabe, ihnen diese Gefühle einzuhäuschen; das allein kann mich dem Leben wiedergeben.“

„Genehmigen Sie die Grüße Derjenigen, welche nur ich Wittve Crémieux.“

Aus Mittweida wird uns unterm 13. Dezember mitgeteilt, daß es vom Gericht endlich gestattet worden ist, für Ufert Verpflegungsgelder einzuzahlen; Sammlungen für ihn bleiben aber verboten.

Von den verhafteten Brandenburger Strikemitgliedern ist der Vorsitzende Knöllner zu 17 Tagen, 6 andere Mitglieder zu 14 Tagen verurtheilt und nur Einer freigesprochen worden. Auf Grund welches Paragraphen die Verurtheilung erfolgte, ist uns nicht bekannt. — Der Brandenburger Strike dauert fort und nimmt A. Kern ei, Besitzer des „Elysium“, Unterstützungen entgegen. — In Berlin stehen fünf Sozialdemokraten unter Anklage, in Versammlungen „zu Haß und Berachtung“ aufgefordert zu haben.

Durch jüngst ergangenes Erkenntniß des Oberappellationsgerichtes zu Dresden sind die wegen Veröffentlichung des „Wahlaufrufes“ zur Reichstagswahl vom Zwickauer Gerichtsamte verurtheilten Parteigenossen Carl Hirsch, Bahleisch und Snauf, von denen der erstere 4, der zweite 3 und der dritte 1 Monat Festungshaft verbüßen sollte, von Strafe und Kosten freigesprochen worden.

\*) Dabei freilich der Nase für den Räuber ein kleiner Genickschlag gegen die Sozialdemokratie beigelegt ward. Wir werden das merkwürdige Attentat in nächster Nummer mittheilen.

\*) Mußt wieder in's Leben zurück.

\*) Verbietet. In der heißt Verzeichniß, und wird meist von dem Verzeichniß der vom Paß verbotenen Bücher gebraucht.

# Ein Brief Garibaldi's.

Dem schon früher erwähnten Brief Garibaldi's an Petroni (den Präsidenten des Italienischen Arbeiterkongresses) entnehmen wir folgende Stellen über Mazzini, die Kommune und die Internationale:

Die Anhänger Mazzini's stellen mich als alterstschwachen Mann hin, der sich von seinen Schleppträgern und Schmeichlern an der Nase herumführen läßt. Wer waren denn diese Schleppträger und Schmeichler? Waren es die Männer, die 1848 mit mir aus Südamerika kamen? Die ich 1849 in Rom jah? Die 1859 und 1860 an meiner Seite gegen die Oesterreicher und die Bourbonen, und die jüngst mit mir gegen die Preußen kämpften? Das Andenken dieser Männer, so hoffe ich, wird ewig im Herzen des dankbaren Italien leben. Aber es ist nicht einmal original von Euch, wenn Ihr sagt, daß der kindisch gewordene Greis aus Nizza\*) von Schleppträgern und Schmeichlern an der Nase geführt werde. Während Du, Petroni, 18 Jahre lang in den Kerker der Inquisition schmachtetest, wurden gerade die Mazzinisten von den Royalisten angeklagt, meine Schleppträger und Nachtreter zu sein. Dies das dynastische Gewäch, besonders seit 1860, und Du wirst darin finden, daß Garibaldi recht brauchbar wäre, wenn er nicht das Unglück hätte, von Mazzini geleitet, und von den Mazzinisten umringt zu sein; es ist das Alles falsch. Frage Mazzini selbst, ob es ihm so leicht war, mich zu einer seiner unpraktischen Unternehmungen zu bereiten. Frage Mazzini, ob nicht der Ursprung unseres Fehlschlusses darin liegt, daß ich ihm 1848 sagte, er thue unrecht, die Jugend von Mailand unter dem einen oder andern Vorwand zurückzuhalten, während unsere Arme dem Feind am Rindco gegenüberstand. Und Mazzini ist ein Mann, der es nie vergiebt, wenn man seine Unschicklichkeit anfaßt. Im Jahre 1860 that Mazzini sein Möglichtes, um unsere Expedition nach Sizilien, welche zur italienischen Einigkeit führte, zu vereiteln. Und als Mazzini von unserm Erfolg hörte, bestand er darauf, daß wir die Republik in Italien proklamieren sollten, was unter den damaligen Umständen abgeschmackt und thöricht war. Und jetzt diese schmachvolle Besetzung der Gefangenen von Paris durch Mazzini und seine Freunde!

Wer verleitet Euch denn, gegen Jene das Anathema (den Bannfluch) zu schleudern, welche gefallen sind, gegen die einzigen Männer, welche in diesen Tagen der Tyrannie, Lüge, Feigheit und Entwürdigung, geküßt in ihre Mäntel, um zu sterben, das heilige Banner des Rechtes und der Gerechtigkeit schwengen? Ein Anathema über Paris? Und warum? Weil sie die Vendôme-Säule stürzten und das Haus des Thiers zerstörten? Habt Ihr noch kein Dorf gesehen, welches den Flammen preisgegeben wurde, weil es einem freiwilligen oder Franc-Tireur Schutz gewährte? Und zwar nicht allein in Frankreich, sondern auch in der Lombardie, im Venetianischen und überall sonst? Aber diese freiwilligen und Franc-Tireurs standen außerhalb des Gesetzes, werdet Ihr mir sagen; sie trugen keine Epauletten, vertheidigten nicht die heilige Sache des Königs und des Glaubens, sondern die verjäherte und illegale Sache ihres Vaterlandes.

Aber die Pariser bedienten sich des Petroleums, um Feuer zu legen. Und wenn gleich entschlossen, nicht mehr mein altes Lied zu singen, so bin ich doch gezwungen, von den Priestern zu sprechen, und sie, welche das Feuer der Hölle kennen dürften, zu fragen, welche Differenz denn zwischen dem Petroleum-Feuer und jenem, welches die Oesterreicher benützten, um die Dörfer der Lombardie und Venetiens in Brand zu stecken. Thiers und seine Rurales\*\*) waren sicherlich so liebenswürdig, als daß die Pariser sich ihnen sofort unterwerfen sollten, und sie gaben viele Beweise ihrer Lebensmüdigkeit durch die Vernichtung eines Volkes, das mehr werth war, als sie. Heute hoffe ich, daß die Dummheit, die bisher Paris verhängte, zu schwinden beginnt, und daß endlich das Licht auf die schrecklichen Mordthaten der Versailles fällt, und Sie werden nun nachsichtiger über die Akte urtheilen, welche durch die verzweifelte Lage eines Volkes provocirt wurde, das, es ist wahr, schlecht geführt wurde, — wie dies gewöhnlich bei Völkern geschieht, die sich vom Geschwätz der Doktrinäer leiten lassen, welches aber im Allgemeinen heroisch für seine Rechte kämpfte.

Mögen die Verleumder von Paris sagen, was sie wollen, sie werden es niemals beweisen können, daß eine kleine Zahl „Uebelgesinnter und Ausländer“ — Namen, mit denen sie auch uns im Jahre 1849 bezeichneten — drei Monate lang einer großen Arme Widerstand geleistet habe, die noch dazu von der sehr mächtigen preussischen Arme unterjocht wurde. Was konnte dieses arme Volk leisten unter der Führung so vieler palastlicher Behörden — der Kommune, eines Centralcomitees, eines Wohlfahrtsausschusses, einer Rasse mehr oder minder revolutionärer Klubs, von denen man heute weiß, daß sie mit reaktionären Elementen aller Parteien geschwängert waren? Dazu kam ein Civilbegehrt für das Kriegswesen (man sehe den Wiberpruch!), ein General für die Arme, ein anderer für die Nationalgarde; Gewalt, die sich aneinanderberieseln aber nicht verständigten, und die aus Paris ein Babylon aller Doktrinäer machten.

Da waren Flourens, Dombrowski, Bergeret, Männer, die man gegenwärtig kennt, und die alles Vertrauen verdienen. Warum gab man den Oberbefehl über 150,000 Mann Nationalgarde nicht einem dieser Helden? Wenn dieser sich auf Versailles gestürzt haben würde, wohin der kleine feige Minister Louis Philippe's mit 15-20,000 Mann geschickt war, — wo wäre heute, frage ich, der Präsident der monarchischen Republik?

Und die Internationale! Wo steht die Nothwendigkeit, eine Association anzugreifen, die man fast gar nicht kennt? Ist sie nicht ein Ausschlag des anomalen Zustandes, in welchem sich die menschliche Gesellschaft befindet? Und wenn sie sich gewisser Doktrinen\*\*) entledigen kann, die ihr vielmehr durch das Uebelwollen ihrer Feinde eingegeben worden sind, so wird sie zwar nicht den Anfang, aber doch die Fortsetzung der Emanzipation des Menschthums bewerkstelligen können. Muß nicht eine Gesellschaft (ich meine die menschliche Gesellschaft), wo die große Anzahl bloß um den Lebensunterhalt zu gewinnen arbeitet, und wo die Minorität sich durch Lüge oder Gewalt den größten Theil des Ertrages der erpieren aneignen will, anstatt ihn im Schweiße ihres Antlitzes zu erwerben, die Unzufriedenheit und die Kagegefühle derer erregen, die leiden? Ich wünsche, daß es der Internationalen nicht begegnen möge, was dem Pariser Volke geschehen ist, daß sie sich nämlich nicht durch Theorieträmer zu Ueberreibungen hinführen lasse, die sie schließlich lächerlich machen könnten, sondern daß sie die Männer, die sie auf dem Pfade der moralischen und materiellen Verbesserung leiten sollen, vorerst studiren möge, ehe sie sich ihnen anvertrauen.†)

Besonders aber möge sie sich der Uebertreibung enthalten, zu welchen sie die Agenten der Monarchie und des Klerus hinführen wollen, um sie in den Augen der wohlhabenden Klassen, welche immer vor dem schrecklichen Schauspiel der Agrarrevolution\*\*) zurückzuschauern, zu Grunde zu richten. Die wohlhabenden Klassen ihrerseits wieder mögen sich zu Gemüthe führen, daß die Sicherheit eines Staates und die des persönlichen Eigenthums nicht durch die zahlreichen Stadtvergeanten und die stehenden Armeen begründet wird, sondern durch eine auf die Gerechtigkeit für Alle basirte Regierung. Die Internationale begnüge sich mit dem, was sie für ihr Recht hält, ohne an dem Eigenthum oder der Erbschaft Anderer zu rütteln. Und dann rufe sie den Gewaltigen dieser Erde laut zu:

„Ich komme, um meinen Platz bei einem Festmahle einzunehmen, an welches ich so gut ein Recht habe als Ihr. Ich greife nicht nach Euren väterlichen Eigenthümern, welches viel reichlicher ausgefallen ist als das meinige; greift aber auch Ihr nicht an das Wenige, welches ich im Schweiße meines Antlitzes erworben habe, mit den schändlichen Mitteln, die Ihr bisher in Anwendung gebracht habt, mit Raub- und Salzsteuer, sowie anderen ungerechtigkeiten, die auf meinem Gewisse lasten. . . Besonders aber spreche mir nicht unter den ansehenden und lächerlichen Bränden der öffentlichen Sicherheit von Euren Zoll-einnehmern, deren Ihr bedürft, und die ich bezahlen soll; von einer Arme, um das Vaterland zu vertheidigen, die Euch vertheidigt, Euch und Eure Ueberrichter, und mich der kräftigen Arme beraubt, die den Zustand des Landes und den meinigen verbessern könnten.“

Garibaldi ist ein Mann des Schwerts und nicht der Feder, der That und nicht der Wissenschaft — einzelne Stellen, die mangelhaft in der Form sind, zum Theil eine mangelhafte Kenntniß der besprochenen Materien verrathen, dürfen deshalb nicht auf die Goldwaage gelegt werden. Der Inhalt des Briefes, dem ganzen Sinn nach genommen, offenbart die große, einfache Seele eines selbstlosen, nur für die höchsten Ziele lebenden Menschen, der keine anderen Leitsterne kennt, als Pflicht, Wahrheit und Gerechtigkeit. Gut ab vor dem braven Garibaldi, der gestern noch Günstling der Bourgeoise, heute auf Seiten des unterdrückten Arbeiters steht!

## Der Sozialismus des „Neuen Sozialdemokrat.“

(Aus der „Demokratischen Zeitung“.)

Es ist recht erfreulich, daß der „Neue Sozial-Demokrat“ nunmehr die Maske, die er bisher vorgehalten, fallen gelassen hat: er veröffentlicht in jeder Nummer Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die internationale Arbeiterassociation, in edlem Wettstreit mit der „Norddeutschen Allgemeinen“ und der „Kreuzzeitung“, welche mit vielem Behagen seine Ergüsse abdrucken; dieselben züchten zum Theil von einem gewissen Herrn Schneider, berückichtigten Stuttgarter Angeordneten, her und sind fast wörtlich identisch mit den bereits von Polizeispielen in deutschen offiziellen Blättern wiedergegebenen „Enttüllungen.“ Es ist außerordentlich billig, zu enttüllen, wo Niemand etwas verhält, wo Alles öffentlich geschieht.

Der „Neue ic.“ wirft der Internationalen vor, daß sie sehr schwach an Zahl sei und behauptet, sie hätte ihre Mitgliederzahl in Deutschland auf 300,000 angegeben. Wir fordern den „Neuen ic.“ auf, zu sagen, wo dies geschehen ist. Die Internationale hat niemals sich stärker gestellt, als sie ist; nur ihre Feinde haben sie vor Angst doppelt und dreifach überall gesehen. Statt mit der Bourgeoisie gegen den angeblichen „Absolutismus“ der Internationalen in ein Horn zu stoßen, thäte der „Neue ic.“ besser, letzterer nachzusehen. Die Organe, die in Deutschland ihre Prinzipien vertreten, haben zusammen über 20,000 Auflage, er dagegen erst 5000. — Und welche Prinzipien vertritt er? Ebenso wenig sozialistische, als demokratische. Er drückt Lassalle'sche Sätze ab, befolgt sie aber nicht. Lassalle verlangte Ehrlichkeit auch für den Gegner. Der „Neue ic.“ ist unehrlich selbst gegen seine Parteigenossen. Lassalle empfiehlt in politischer Hinsicht die am nächsten stehenden Parteien gegen die reaktionären zu unterstützen. Der „Neue ic.“ stellt sich politisch auf den Boden der ihrem Programm zufolge royalistischen Fortschrittspartei und bekämpft die blauen Republikaner mehr als die Fortschrittspartei. — Lassalle sagt: Jeder ist Arbeiter, der den Willen hat, durch seine Kräfte und Fähigkeiten der Gesellschaft zu nützen. Der „Neue ic.“ behandelt Jeden als Bourgeois, der weiße Wäsche trägt. Er weiß nicht oder er will nicht wissen, daß der Arzt, der Lehrer, der Beamte, der Kommiss und insbesondere die kleinen Meister und kleinen Geschäftsinhaber ebenso gut Arbeiter, wenn auch nicht Lohnarbeiter in dem engeren Sinn des Wortes, sind, als der Tischler oder Maurer, und daß es gerade die Aufgabe der sozialistischen Presse sein muß, den Arbeitern der ersten Kategorie ihre Interessengemeinschaft mit den mehr körperlich Arbeitenden zu beweisen und sie so für die Emanzipation des Proletariats, dem sie theilweise ohne es zu ahnen, angehören, zu begeistern. — Lassalle war von Geburt ein Jude und führt sich selbst in seinem „Julian, der Literaturhistoriker“ scherzhaft als „jüdischer Seper“ ein. Der „Neue ic.“ strotzt in jeder Nummer von konfessionellen Ausfällen der widerlichsten Art. Sein drittes Wort ist „Mauschel“, „Schacherjude“ u. dgl. — Lassalle widerlegte seine Gegner mit Gründen. Die Polemik des „Neuen ic.“ fängt an mit Schimpfwörtern und hört auf mit Schimpfwörtern, so daß er oft über lauter Schimpfen vergißt, wovon eigentlich die Rede ist. Ein ekklatantes Beispiel dieser Taktik ist die Polemik mit dem „Gewertverein“ des Hrn. Dr. Max Hirsch. Dieser hatte der Tischler-Organisation ihre hohen Verwaltungskosten vorgeworfen und aus einer falschen Berechnung ungerechte Konsequenzen gezogen. Wenn der „Neue ic.“ auf der Höhe seiner Aufgabe stand, so brauchte er als Antwort nur aus Nr. 42 des „Gewertverein“ die Abrechnung der Invalidenkasse der Ortsvereine über das 3. Quartal 1871 abzurufen. Dieselbe weist, bei 6 Thln. ausgezahlter Invalidenunterstützung, an Verwaltungskosten die Gesamtsomme von 111 Thln. 24 Sgr. 3 Pf. auf. Es beweist dies, daß bei neu gegründeten Kassen ein Theil der Verwaltungsausgaben als Gründungskosten zu betrachten sind, deren Aufbringung und Verwendung den wenigen Gründern nicht zum Vorwurf, sondern nur zur Ehre gereichen kann. Statt solcher Widerlegungen gebraucht der „Neue ic.“ nur Schimpfwörter. Leider scheint es aber der „Neue ic.“ darauf abgesehen zu haben, die Sozialdemokratie, soviel er vermag, in der öffentlichen Meinung lächerlich und verächtlich zu machen oder zur Abschreckung des Kleinbürgertums als einen fürchterlichen Popanz hinzustellen. — Die Thatsachen, auf die sich Lassalle beruft, sind statistische Wahrheiten. Der „Neue ic.“ traut in jeder Nummer, wie ein recht schlechtes Bourgeoisblatt, die kindischsten Lügen an. — Der „Neue ic.“ hätte der Liebäugelei mit der „Berliner Revue“ und den Konserwativen nicht bedurft, um als ein Ableger der offiziellen Journalistik zu erscheinen: seine Taktik ist dieselbe, z. B. auch darin, daß er Personen angreift, die sich nicht vertheidigen können. So neulich den Redakteur des „Braunschweiger Volksfreund“, Herrn Bernhard Becker, nachdem derselbe angezeigt, daß er eine dreimonatliche Haft antrete. Der „Neue ic.“ schwimmt eben so sehr im Fahrwasser der Persönlichkeiten, daß er die Sache ganz darüber aus den Augen verloren hat. Schuld seiner Unfähigkeit allein ist es, daß Berlin die einzige Stadt Deutschlands ist, in welcher die schwindelsozialistische Projektmacherei eines Helden Gläubige findet. Statt aufzuklären, fanatisirt er, verdummt er. —

## Der Braunschweiger Prozeß.

(Schluß.)

Als Brack befragt wird, ob er noch Etwas zu sagen wünsche, antwortet derselbe:

Es sei erklärlich, daß die Rede des Staatsanwalts auch auf ihn als Angeklagten einen Eindruck hervorgebracht habe. Indes sei dieser Eindruck der, daß der Staatsanwalt nicht in der Lage gewesen sei, bei Besprechung der einzelnen angeblich verletzten Paragraphen des Strafgesetzbuchs zu sagen, durch welche Handlungen eine Verletzung

dieser Paragraphen bewirkt sei. Der Staatsanwalt sei zu seinem Resultate auf einem Umwege gekommen, nämlich, ausgehend von der Pariser Kommune, habe er der Internationalen Arbeiterassociation, und im Anschlusse daran auch der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, Zwecke untergeschoben, welche diese Vereinigungen nicht hätten, und damit zugleich ein Bild von der Wirksamkeit der Angeklagten zu entrollen gesucht, welches die Richter gegen sie hätte einnehmen sollen. Dabei sei dem Staatsanwalt eine große Menge von thatsächlichen Unrichtigkeiten unterlaufen, welche Angeklagter erst einzeln habe aufzählen wollen. Er sei indes überzeugt, daß die Verhandlungen der vorhergehenden Tage noch frisch genug im Gedächtnisse der Richter gegenwärtig seien, um eine Wiederlegung jeder einzelnen Unrichtigkeit unnötig zu machen, auch sei gewis, daß die Länge der bisherigen Verhandlungen ein Sackurtheil zur Pflicht mache. Zwei Behauptungen des Staatsanwalts indes seien derart, daß es ihm unmöglich sei, darüber zu schweigen.

Zunächst sei von demselben auch der Angeklagte ein „Vaterlandsloser“ genannt. Es möge richtig sein, daß die und da ein Einzelner aus den Reihen seiner Parteigenossen sich als vaterlandslos bezeichnen habe, insofern sei es unerfindlich, was den Staatsanwalt berechtigt, einen derartigen Ausdruck gegen ihn und seine Mitangeklagten zu schleudern. Gerade vor ihm sei der nationale und internationale Gedanke zu verstanden gesucht, und bei aller Liebe zu der internationalen Verbindung der Arbeiter sei gerade von ihm unter Billigung seiner Genossen auch die Liebe zum Vaterlande mit Wärme betont worden.

Er frage nochmals, was den Staatsanwalt berechtige, eine thatsächlich so unbedeutende und erblichete Behauptung zu wagen? (Kauf der Zustimmung; aus dem Publikum werden jetzt vom Präsidenten gerügt und es wird mit Räumung des Saales gedroht.)

Zweitens aber sei vom Staatsanwalt Etwas behauptet worden, wofür auch nicht der Schatten eines Beweises vorhanden sei. Der Staatsanwalt habe gewagt, es auszusprechen, daß nach Erlass des Manifestes von den Angeklagten beabsichtigt gewesen sei, mit Hilfe der französischen Kriegsgefangenen die gewaltsame Revolution im Rücken der siegreichen Vere in Syene zu setzen. Wo denn der Staatsanwalt auch nur eine Andeutung dafür gefunden habe, daß irgendwo und irgendwo eine Verbindung mit französischen Kriegsgefangenen bestanden habe? Er frage wiederholt, was den Staatsanwalt berechtige, derartige Dinge, für welche auch nicht der Schatten eines Beweises vorliege und von denen der Staatsanwalt auch nicht einmal behaupten könne, daß die Angeklagten auch nur einen Gedanken davon gedacht, zu behaupten?

Es sei mit all' Diesen und mit dem allgemeinen, von der Partei entworfenen Bild Nichts weiter beabsichtigt gewesen; als Das, die Richter einzunehmen gegen die Angeklagten, und sie vergessen zu machen, daß konkrete Handlungen, welche strafbar seien, nicht vorliegen.

Röge der Gerichtshof einer Meinung über das Parteitreiben der Angeklagten sein, welcher er immer wolle: das von diesem Streben entworfene Bild und die damit den Angeklagten untergeschobenen Absichten und Motive seien mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Angeklagter sei sich bemüht, seit dem ersten Augenblicke seines Eintretens für die Arbeiter Sache einer guten und gerechten Sache gebiet zu haben. Das Streben, die bestehenden ungerechten staatlichen und gesellschaftlichen Zustände im Sinne der Gerechtigkeit umzugestalten, sei das ideale Streben; das sich denken lasse, seine Theilnahme an diesem Streben sein Stolz.

Angeklagter wolle gerne zugeben, daß es gar nicht zu verwundern sei, wenn bei einem idealen Streben, das schon so manchen der Begeisterung fähigen Menschen vollständig erfüllt, eine Uebertreibung von Gesetzwortungen vorgekommen, und das aus dem einfachen Grunde, weil die bestehenden Gesetze so ungemein zahlreich und verwickelt seien, daß es für unmöglich angesehen werden müsse, dieselben auch nur zu kennen. Um so mehr aber würde eine Verletzung von Gesetzen erklärlich sein seitens der Arbeiter, welche gar keine Zeit hätten, sich um die mannigfaltigen Vorschriften und Verbote, die keineswegs immer so nahe lägen, auch nur einigemaßen zu kümmern. Aber gerade deshalb habe Angeklagter es für seine Pflicht gehalten, sich persönlich darum zu bemühen: wenn irgend Etwas von seinen Parteigenossen habe unternommen werden sollen, sei er jedesmal zu den Behörden gegangen, habe genau mitgeteilt, was beabsichtigt werde und sich nach den bestehenden Gesetzen erkundigt. Angeklagter wisse danach, daß eine Verletzung von Gesetzen nicht vorgekommen sei, gerade weil er sich bei jeder einzelnen Handlung, meist nach einer Erkundigung bei der herzoglichen Polizeidirektion, vorher gefragt habe, ob und wie sie mit den bestehenden Gesetzen harmonise.

Er wiederhole, daß ihm auch nicht zum Vorwurf gemacht worden sei, da und dort durch diese oder jene Handlung Gesetze verletzt zu haben. Es sei die mißliebige Tendenz, welche man verfolge; es sei die Tendenz, welche aus an sich erlaubten Thaten strafbare Handlungen zu machen bestimmt sei.

Offen aber, wie das ganze Auftreten seiner Partei, sei auch seine Handlungsweise gewesen, und es könne nicht möglich sein, ihn für seine gesetzlich erlaubten Handlungen wegen einer fälschlich angenommenen Tendenz auf gewaltthätigen Umsturz zu bestrafen. Am 9. Sept. 1870 in einer Weise behandelt, welche von dem Vertheidiger seines Freundes Spier ganz richtig bezeichnet sei; darnach bis Mitte Novbr. gewaltsam in militärischer Haft seiner Freiheit beraubt, ohne daß die geringste Möglichkeit eines Rechtschutzes zu erlangen gewesen; dann bis Ende März ungeschuldig in Untersuchungshaft gehalten; — freue er sich des Augenblicks, wo er endlich sein Recht finden werde, wo er endlich vor seinen Richtern stehe. —

Auf die Anfrage des Gerichtspräsidenten, ob Bonhoff noch Etwas zu seiner Vertheidigung zu sagen habe, bemerkt derselbe, daß er einige Unrichtigkeiten zu berichtigen habe, welche dem Staatsanwalt in seiner Anklagerede mit unterlaufen seien. Er fährt dann fort wie folgt:

Zunächst hat der Staatsanwalt eine periodische Unterscheidung in dem Auitreten unserer Partei machen zu müssen verlangt. Der Scheidepunkt soll der 1. Januar d. J. sein. Vor dieser Zeit soll zufolge dem Staatsanwalt die Partei mit geschlossenem Bist gekämpft haben. Das ist jedoch durchaus unrichtig. Alles, was die Partei seit ihrem Bestehen gethan, hat sie ganz öffentlich gethan. Jeglicher davon sind der Eisenacher Kongreß mit seinen Beschlüssen, der Jubal des „Volksstaat“, die öffentlichen Volksversammlungen, welche allwärts von den Parteigenossen abgehalten und die stets polizeilich überwacht wurden, die allwärts gefassten Resolutionen und endlich das Auftreten des Ausschusses selber.

Unsere Partei kennt kein geschlossenes Bist. Am Wenigsten konnte uns die „scheinbare Milde des neuen Strafgesetzbuchs“ hervorlocken.

Aus Dem, was Bebel und Liebknecht unter dem Schutze der Redefreiheit im Reichstage gesagt haben, mag man einen republikanisch-revolutionären Sinn herauslesen, der auch der ganzen Partei eigen. Aber ein Sinn, eine Bestimmung ist eben an und für sich nichts Strafbares.

Mag immerhin der Staatsanwalt in dem Charakter der 1864 gegründeten Internationalen Arbeiterassociation, „eine politisch-revolutionäre Tendenz“ entdecken! Damit weist er uns, den Mitgliebrern, noch lange nicht nach, daß wir „einen gewaltthätigen Umsturz der heutigen Gesellschaft und Ordnung vorbereitet hätten“, wie er in seinem Plaidoyer indirekt und anlag. Was Bebel und Liebknecht im Reichstage, was wir als Mitglieder der Internationalen stets gethan, ist: — wir haben darauf hingewiesen, daß die heutige Gesellschaft eine gewaltthätige Revolution in ihrem Schooße birgt, die unaufhaltsam ausbrechen muß, wenn nicht die heute lebenden Faktoren des Staatslebens noch rechtzeitig solche einschneidende Reformen einführen, welche den gewaltthätigen Ausbruch verhüten. Oder glauben etwa die Herren des Gerichtshofs, daß keine Empörung ausbrechen könne, wenn in einem Lande, dessen industrielle und kommerzielle Entwicklung, kurz dessen viel mißbrauchte „Zivilisation“ einen so hohen Grad wie in England einnimmt, war neben den Wenigen, welche dieser Zivilisation theilhaftig werden, wie die Inauguraladresse der Internationalen nachweist, in ganzen Distrikten die arbeitende Bevölkerung nicht einmal mehr das Quantum Kohlen und Stoffs in seinen Nahrungsmitteln erhält, welches nötig ist, nur um Hungerkrankheiten abzuhalten? Der Gerichtshof wird die Mittheilung dieser That-sachen noch nicht vergessen haben!

Aber auch aus dem Placado der international-ökonomischen Schule, dem zivilisatorisch so hoch stehenden Belgien, bin ich im

\*) bekanntlich Garibaldi's Geburtsort.

\*\*) Landjunker.

\*\*) Doktrin = vorgefasste Meinung, welche die Probe des Lebens nicht bestehen kann.

†) Die Internationale vertraut sich Niemand an.

††) der zwischen Landvertheilungs-Gesetze.

Stände, eine wirklich schauererregende Mittheilung machen zu können. (Nebst Verlust nun eine auch im „Volkshaar“ abgedruckt, der „Kreuzzeitung“ entlehnte Briefe Korrespondenz über die elende Lage der belgischen Kohlenarbeiter.)

Wenn wir nun in die Mitte unserer deutschen Arbeiter treten und denselben den Zusammenhang von den Ursachen mit diesen Wirkungen nachweisen und dann die Lehre daran anknüpfen, daß auch sie nicht sicher seien vor einem gleichen Schicksal, daß sie sich, um dasselbe abzuwenden, organisiren und politische Macht erringen müssen, — dann kommt der Staatsanwalt und behauptet: wir bereiten eine gewaltthätige Revolution vor, aber unser Ziel könne nur auf dem Wege der Gewalt erreicht werden, — das Alles könne der hohe Gerichtshof aus der neuesten Literatur über die Internationale ersehen, die sehr bekannt sei.

Was nun das Bekanntheit der neuesten Literatur über die Internationale anlangt, scheint der Staatsanwalt auf das jamose Zirkular von Jules Favre hinzuweisen. Aus solch trüber Quelle zu schöpfen, will ich gern dem Herrn Staatsanwalt überlassen. (Der Staatsanwalt macht eine verneinende Bewegung mit dem Kopfe.)

Nun, dann ist vielleicht das gemeint, was die Herren Mazzini oder Johannes Scherr über die Internationale schwadronirt haben. Was aber so ganz außerhalb des jungen politischen Lebens Stehende sagen, kann durchaus nicht als Norm bei einer Rechtsprechung angesehen werden. — Der Staatsanwalt zieht ferner noch zwei Momente, die er „notorisch“ nennt, mit herbei. Dies ist erstens die Aechterklärung der spanischen Cortes gegen die Internationale, weil Letztere Gott, Familie und Eigenthum angreife. Zunächst will ich mich wandern, hier das „Vaterland“ vergessen zu finden, ich trage dasselbe noch nach!

Wenn man aber mit Aufmerksamkeit einen Bericht wie den obigen liest, dann braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, wenn alle diese Begriffe auch ohne die Internationale, und so erst recht, abhandeln kommen.

Denn, wo die Internationale bis jetzt noch mitgewirkt hat, war ihr Wirken immer regend und deshalb Segen bringend. So ihre politischen Demonstrationen, so ihr praktisches Anstreben. Während Sie alle, auch die tollstallsten Arbeitseinstellungen, bei denen die Internationale mitwirkte, ruhig verlaufen und zu einem auf die eine oder andere Weise befriedigenden Resultate führen sahen, will ich Sie nur auf die Arbeitseinstellung der Vergleite in Königsbrunn hinweisen, die man von jeher so sorgsam vor dem Einfluß der Internationale gewahrt hatte.

Ist das nicht übermächtig, für die Internationale gewinnend? — Dort, selbst bei künstlich angelegten Aufregungen, die eifernde und entschlossene Ruhe der Arbeiter, — hier, bei geringfügigem Anlaß, sofort die allergütlichsten Erfolge. — Und nun kann man es wagen, weil wir den Gesinnungen der Internationalen huldigen, weil wir die Ursachen einer herannahenden gewaltthätigen Revolution wissenschaftlich nachzuweisen, weil wir auf den Weg zur Abhilfe mittelst der zu erwerbenden Gesetzgebung hindrängen, uns als Solche anzulagen, welche selber einen gewaltthätigen Umsturz gewollt, wirklich vorbereitet hätten?! Das ist total unrichtig und ich muß es mit Entrüstung zurückweisen!

Der Staatsanwalt identifizirt aber auch, nur um uns Angeklagte dadurch (Schwärzer zu malen, die Internationale mit der Kommune. Das ist einseitig unrichtig, denn zwischen beiden bestand ein gewisser Gegensatz, das ist nur insofern richtig, als in der Kommune auch Elemente waren, die zur Internationale in einem „gewissen Gegensatz“ standen, der in vielleicht gar nicht ferner Zeit zum Ausbruch gekommen wäre. Die Erklärungen des „Volkshaar“ für die Kommune sind nur herbeigerufen durch die maßlosen und lägenhaften Artikel der sogenannten liberalen Presse und können doch nie dafür keinesfalls verantwortlich gemacht werden.

Andersseits ergriff aber auch der Staatsanwalt entschieden Partei. Und da er sich den „Schandthaten“ der Kommune gegenüberstellt, so sieht er eben auf Seiten der Schenklichkeiten und brandstiftenden Gemeinheiten der Versailler Nordbrenner. Diese Uthre kann ich ihm nicht rauben.

Wohl hätte der Staatsanwalt erst das ruhige Urtheil der Geschichte über die Kommune abwarten sollen, ehe er, sie verurtheilend, gegen uns zu Felde zog.

Aber alle diese falschen Ableitungen des Herrn Staatsanwalts und Berrückungen des Standpunktes und der Thatsachen haben ihre Ursachen in einer ganz falschen Grundanschauung.

Der Staatsanwalt hat nämlich heute Morgen den Ausdruck gesagt: „Die gesellschaftlichen Zustände basiren auf den Gesetzen.“ Dieses ist nur zu einem verschwindend kleinen Theile richtig. Es gab, schon lange bevor man geschriebene oder traditionell vererbte Gesetze hatte, Gesellschaften und gesellschaftliche Zustände. Die Sache liegt nämlich gerade umgekehrt: erst aus den gesellschaftlichen Zuständen ergeben sich die Gesetze oder schreien sie daran ab.

Weil unsere jetzigen gesellschaftlichen Zustände in einem so hohen Grade gegensätzlich geworden sind, — deshalb drängen wir ja gerade immer wieder die Massen auf den Weg der Gesetzgebung, und werden dann für „praktische Revolutionäre“ angesehen, wenigstens von den Staatsanwälten.

Die sehr das von mir Gesagte seine Richtigkeit hat, zeigt sich an der Veränderung und Neuschaffung von Gesetzen in den gesetzgebenden Körpern. Aber auch aus unserer eigenen Geschichte kann ich ein schlagendes Beispiel anführen. Hatte nicht einmal der kirchliche Einfluß eine solche Macht in dem gesellschaftlichen Leben erlangt, daß selbst die Souveränität der deutschen Kaiser darunter litt? Wurde nicht ein Heinrich der Vierte in Würzemburg gen Kanossa wandern und dort Abbitte thun? War das nicht ein Herrschen der gesellschaftlichen Zustände über bestehende Gesetze?

Und so werden auch heute und immer die gesellschaftlichen Verhältnisse die Gesetze überwuchern. Dies sind die thatsächlichen und thatsächlichen Revolutionäre.

Zum Schluß will ich noch darauf kommen, daß der Staatsanwalt für den Fall unserer Verurteilung beantragt, die unschuldig verurtheilte Voruntersuchungshaft nicht mit anzurechnen.

Ich möchte Sie dagegen bitten, meine Herren Richter, uns für diesen Fall, an dessen Eintreten ich jedoch nicht glauben kann, nicht allein die Voruntersuchungshaft, sondern auch die Lebensrettenaffaire in Anrechnung zu bringen.

Denn, wenn Sie, wie wir, in unserem „zivilisirten“ Zeitalter, in Ketten geschlagen, durch weiße Hanen Deutschlands transportirt und unterwegs — o Schmach! — o Schand! — (Nebst spricht mit sich selber, innerlicher Erregung) theils für französische Spione, theils für Marodiers der Schlachtfelder gehalten worden wären, würden Sie es wohl nicht unbegrifflich finden, wenn Ihnen der Prozeß gemacht und in dem Strafkenntniß nicht einmal jene schmachliche Behandlung in Anrechnung gebracht würde.

Als Vorwort, dessen Worte selbst auf die Richter eine sichtliche Wirkung hervorbrachten, geendigt hatte, wurde die Sitzung auf Montag zur Urtheilsverkündung vertagt.

Das Urtheil haben wir bereits mitgetheilt.

Als das Urtheil verkündet war, nahm sich Hr. v. Bamel die Freiheit, nach Art der englischen Polizeirichter, wenn dieselben einen recht grauenigen Fall (shocking case) vor sich haben, folgende väterliche Ermahnung an die Verurtheilten zu richten: „Wie Sie gehört haben, ist der Gerichtshof geneigt gewesen, Strafen gegen Sie auszusprechen; ich darf wohl sagen: leider! da wir nicht annehmen zu können geglaubt haben, daß Sie aus selbstjüchtigen Zwecken gehandelt haben. Es sieht Ihnen allerdings frei, über staatliche Einrichtungen und dergl. zu denken, was Sie wollen, und es wird auch Niemand Sie daran hindern, dahin zu streben, daß im Wege friedlicher Reform andere Zustände an die Stelle der von Ihnen gemißbilligten Zustände gesetzt werden. Aber Sie dürfen dabei die durch das Gesetz gesteckten Schranken nicht überschreiten, wie Sie das bei Ihrem früheren öffentlichen Auftreten gethan haben. Wir, die Gerichte, sind dazu bestellt, das Ansehen der Gesetze aufrecht zu erhalten und dürfen Verletzungen derselben nicht dulden. Mit der Hoffnung, daß Sie sich bei ruhigem Nachdenken selbst überzeugen werden, daß Sie nicht gefehlt haben, habe ich (Angeklagter Bruch schüttelt den Kopf). — und mit dem Wunsche, daß wir Sie in dieser Weise hier nie wieder sehen mögen, schließt ich die Verhandlung.“

### Zum Haftpflichtgesetz.

(Noch ein Kapitel, das im Haftpflichtgesetz fehlt.) Die „Schlesische Zeitung“, ein „gemäßigt liberales“ Blatt, das sich in Bezug auf die soziale Frage einer gewissen Unparteilichkeit bezieht, schreibt unterm 7. Dezember:

„In den verflochtenen Monaten sind in der hiesigen Krankenanstalt des Gläubigen Klosters fast allwöchentlich ein oder mehrere weibliche Berufungslücke aufgenommen worden, welche im Landkreise Breslau bei der Beschäftigung an Drechsmaschinen mehr oder weniger Beschädigungen an ihrem Körper erlitten haben. Einige derselben hatten so schwere Verletzungen erlitten, daß gleich nach ihrer Unterbringung die Amputation der beschädigten Gliedmaßen vorgenommen werden mußten. Von kompetenter Seite wird es im Hinblick auf diese Unglücksfälle allein als sehr bedenklich bezeichnet, daß die Landwirthe weibliche Personen zur Beschäftigung an den Drechsmaschinen verwenden, denn in den meisten Fällen sind die bedauernden Verunglückten von den Rädern der Maschine an den Kleidern erfaßt und damit ins Räderwerk hineingezogen worden. Es wäre in der That zu wünschen, daß Seitens der Behörde eine geeignete Verordnung erlassen würde, um einem weiteren Vorkommen derartiger Unglücksfälle möglichst vorzubeugen. Es würde dies auch wesentlich im Interesse der Gemeinden liegen, da die aus dem Hospital entlassenen Amputirten schließlich den betreffenden Dörfern zur Last fallen, sofern die Berufungslücke erwerbsunfähig geworden sind. Im Kloster der Elisabethinerinnen wurde erst gestern eine in dieser Weise verunglückte Frau aufgenommen, die in der Scholtzielei zu Herrmannsdorf beim Dreschen vom Gabelwert der Maschine an den Kleidern erfaßt und ins Räderwerk gezogen worden war. Um die Unglücksfälle aus ihrer schrecklichen Lage zu befreien, hatte man die ganze Maschine auseinanderzuschrauben müssen. Die bedauernde Frau ist hierbei aufs Schrecklichste verletzt worden. Durch den Schreck und die schmerzhaften Schmerzen war die Unglückliche in einen solchen Zustand versetzt, daß sie nach ihrer Unterbringung im Kloster wegen ausgebrochener Wäscerei auf Anordnung der Aerzte ans Bett mit Riemen festgebunden werden mußte. So traurigen Erfahrungen gegenüber erscheint eine baldige Abhilfe dringend geboten.“

Die Gutbedenker stehen demnach nicht unter dem Haftpflichtgesetz, an einen Ertrag resp. Bestrafung ist in diesen Fällen also nicht zu denken. Weibliche Arbeit ist billiger als männliche, und wenn die Arbeiter mit ihren Kleidern der Maschine zu nah kommen, so — ist das ihre Schuld, sie hätten sich besser versehen sollen! Was verschlägt es dem Gutbedenker, wenn eine arme Frau durch seine Maschinen den Tod findet oder verstümmelt wird? Den nächsten Tag bietet sich an Stelle der Getöbten oder Verstümmelten eine Andere an, die, um nur den Kindern und sich Brod zu verschaffen, ihr Leben für den nährlichen Hungerlohn aufs Spiel setzt. Das ist die „Beste der Welten.“

**Offenbach.** Abrechnung des am 25. Novbr. siegreich beendeten **Maschinenbauer-Strikes.** Gesammelt in verschiedenen Fabriken Offenbachs: Von den Arbeitern der Fabrik Philipp's 13. 36. Arb. Fabr. Becker, 56. Arb. Schmitt und Haus 25. 48. Arb. Raumann 9. 21. Arb. Fabr. Becker 15. 36. Arb. Fischer 28. 54. Arb. Fabr. Kahn, 1. 3. Arb. Rudhardt 1. 3. Arb. Sud 2. 2. 3. Arb. Dibel 1. 4. 6. Arb. Ruff 1. 3. 42. Arb. Fabr. Steos und Jung 1. 2. 24. Arb. Oshenier 1. 15. Arb. Gruppe u. Bender 1. 4. 6. Arb. v. Seebach 1. 5. 18. Arb. Maschinenbauer 1. 6. Arb. Loh 1. 2. 3. Arb. Lebal und Kullmann 1. 3. 12. Arb. v. Mathias 1. 2. 30. Arb. Fabr. Hirsch. Schriftgießerei in Frankfurt 1. 22. Arb. v. Wad. Eisen gießerei in Frankfurt 1. 8. 18. Arb. Fried u. Sohn, Maschinenfabrik in Sachsenhausen 1. 11. 23.

Gesammelt bei Wägern, Witzgen, Metzger, Krämer, sowie bei sonstigen Privaten von Offenbach und den nächstliegenden Dörfern: 1. 179. 3. Ertrag einer Versammlung von verschiedenen Corporationen 1. 3. 25. Vom Maschinenfabriker-Verein 1. 24. 18. Vom Sonntags-Verein 1. 5. Schreiner-Verein 1. 31. 18. Schuhmacher-Verein 1. 4. 34. Putzmacher-Gesellschaft 1. 169. Reiset Buchbinder- und Portefeuille-Verein 1. 282. 23. Schreiner-Verein 1. 99. 30. Sattler-Verein 1. 72. 48. Glätter- und Stahlarbeiter-Verein 1. 100. Manufakturarbeiter-Verein 1. 7. 42. Handarbeiter-Verein 1. 10. Von Barmen 1. 10. 5. Von Wasser-Ämtern 1. 28. Von Darmstadt 1. 57. 5. Von Hamburg 1. 44. 20. Von Pforzheim 1. 5. Von Weimar 1. 10. 30. Von Wien 1. 18. 50. Hr. 23. Von Griesheim 1. 5. Von Altona 1. 7. 47. Von Verden 1. 3. 56. Von Kiel 1. 14. 42. Von Karlsruhe 1. 10. 30. Von Mainz 1. 6. Von Harburg 1. 2. 27. Von Linde bei Hannover 1. 14. Summa der Gesamt-Einnahme 1455 fl. 51 Kr.

Für den Betrag nochmals herzlich dankend, schließt mit sozialdemokratischem Gruß für den Vorstand **Joseph Müller,** 2. Präsident.

Brüder in der Ferne, vergeßt unsere tapferen, in Haft befindlichen Vorkämpfer Wolf und Häjer und des letzteren Familie nicht. Unterthänigste sind zu senden an **Offenbach a. M.**

**3. März.** N. Biergrund Nr. 1.

**Vahr** in Baden den 3. Decbr. Vor ungefähr 8 Wochen nahmen wir uns vor, hier einen sozialdemokratischen Verein zu gründen; eine an die hiesigen beiden Zeitungen gefandte Annonce, enthaltend die Einladung zu einer Arbeiterversammlung wurde aber nicht aufgenommen. Auf meine persönliche Anfrage nach dem Grunde der Aufnahmeverweigerung entschuldigte sich der Redakteur der ultramontanen Zeitung in sehr höflicher Weise, während der Redakteur des praktisch gesinnten Blattes, der zugleich Herausgeber des „Vahrer hinfenden Boten“ ist, mich grob anführ. Als ich dem Herrn eine etwas spätere Antwort gab, ließ er: „Nay, schmeißen Sie mal den Kerl hinaus!“ — und wirklich erprobten Herr Schauenburg, der Geschäftsinhaber, und 2 Mann ihre Kraft an mir und sprediten mich hinaus. — Wir ließen behufs gedachten Zweckes Plakate drucken und wurden durch zahlreichem Besuch der Versammlung für unsere Bemühungen gelohnt. Der Seitens des Buchhändlers Schauenburg und Kaufmanns Sommerlatt gemachte Versuch, unsern Witz durch Aneerbietung von 10 fl. zur Verwirgung seines Saales zu bewegen, mißlang. Für die zweite Versammlung belamen wir auch keine Plakate gedruckt; wir mußten letztere daher selber anfertigen, nämlich schreiben. — Unser Verein, der sich nun definitiv konstituir hat, zählt bereits 62 Mitglieder. — Für die Chemnitzer Strikanten wurde nach Kräften gesorgt. —

Seit unserer Bewegung haben schon 3 Fabriken eine Lohnzulage gefordert: Lohbed (Schmiedfabrik), Triplex und Bölichen (Cigarettenfab.). Die Vahrer Fabrikanten wollten meinen Arbeitgeber bewegen, mich zu entlassen; aber er hat mit mir selbst Rücksprache genommen und zu mir gesagt, er würde mich nicht fort und ich sei in meiner Thätigkeit unbeschränkt. Am nächsten Sonntag halten wir wieder eine Versammlung ab.

Die hiesigen Futtmacher Striken noch fest; einige sind abgereist **Job. Vermeil,** pr. Ad. Bierbrauerei zum Brinzen.

**Neu-Jeniburg.** Am Sonntag den 26. Novbr. waren mehrere Mitglieder unserer Partei von Frankfurt a. M. und Neu-Jeniburg in Sprendlingen bei einer Holzfallerversammlung. Zur Erlangung höheren Lohnes waren die Leute gewungen, Strike zu machen und gelobten sich, die Arbeit nicht eher aufzunehmen zu wollen, bis ihre gerechten Forderungen von der Forstbehörde genehmigt seien.

Es sprachen dann die Herren Wilhelm, Ellner u. Jolinger aus Frankfurt a. M. über die Prinzipien der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und man sah recht deutlich, daß die sozialdemokratischen Ideen sich aus den Verhältnissen entwickelten, welche letzteren die Arbeiter allmählig zur Erkenntniß ihrer Klassenlage bringen. Die Leute erklärten sich schließlich für uns und wollen wir in nächster Zeit eine Volksversammlung dort abhalten, um den Boden für die Sozialdemokratie noch mehr zu ebenen.

Es ist dies für uns von Wichtigkeit, umso mehr, als bei der letzten Reichstagswahl 90 % der Wahlberechtigten für den national-liberalen Kandidaten stimmten.

**Darmstadt.** Für die Chemnitzer. Nach dem Aufstuf der Chemnitzer Strik-Komitee's in 296 des „Volkshaar“ waren noch ungefähr 1000 der besten Arbeiter brolos, und ihnen sogar durch den Fabrikantenbund sämtliche Werkstätten verschlossen. Sollen diese Arbeiter einen Fußfall thun und zu Boden kriechen, um da wieder die Arbeit aufnehmen zu können, wo sie vielleicht schwer zu erheben sind? Ich erlaube mir in dieser Beziehung einen Vorschlag zu machen.

Da die Fabrikanten sich so organisiert haben, daß sie allen Arbeitern, die kein ordnungsmäßiges Zeugniß beibringen können, die Thüren verschließen, so glaube ich, daß es Sache der Arbeiter ist, Denjenigen, die man ausgespart hat, anders als bisher unter die Arme zu greifen, d. h. es muß unsere Pflicht sein, ihnen zur Selbständigkeit zu verhelfen. Ich denke mir, wenn von Chemnitz aus ein Aufruf an die Arbeiter erginge, den Strikenden Chemnizern zu einer Produktivgenossenschaft zu verhelfen, so würde vielleicht eine genügende Summe zusammenkommen; die Darmstädter Arbeiter würden in dieser Weise jedenfalls ihre Schuldigkeit thun.

Man könnte ja Darlehn'scheine ausgeben, und alljährlich (wenn die Genossenschaft Geschäfte machen kann) eine bestimmte Zahl zurückbezahlen. Wenn die feindlichen Chemnizern, der Kern der Arbeiter, damit einverstanden sind, eine Genossenschaft zu gründen, werden die Mittel, wenn es richtig angefaßt wird, auch aufgebracht werden, und sojann wäre der Fabrikantenbund den Arbeitern nur nutzbringend gewesen.

Die Geldsammlungen dauern bei uns immer noch fort. Mit sozialdemokratischem Gruß **Hr. Jos. Winkert,** Landwehrweg Nr. 334.

(In Chemnitz war bereits eine derartige Idee aufgetaucht, aber die Anlagelosten und das Betriebskapital wurden auf 25,000 Thlr. veranschlagt — eine Summe, die allerdings bei der traurigen Lage unserer Gewerkschaften, jetzt unmöglich aufzubringen wäre. Indes bieten wir uns doch für verpflichtet, obigen Brief zu veröffentlichen. Vielleicht öffnet sich noch eine Aussicht. R. d. B.)

**Mainz.** Fabrikanten Moral. Wie stilllich entrüstet sich Fabrikanten stellen können, wenn Arbeiter es wagen, einige Wochen zu hungern, um etwas mehr Brod und eine etwas wärmere Stube zu erpressen (denn anders bekommen sie es nicht), haben wir schon oft erlebt; daß man es Fabrikantenfeind aber zum „Uhu“ machen will, plötzlich 50 Prozent mit den Waarenpreisen in die Höhe zu gehen, und eine solche abnorme Preiserhöhung auch auf alle rückständigen Aufträge ausdehnen will, ist uns neu. Die westphälischen Genossenschaftsfabrikanten sind nämlich überengelommen, ihre Waaren jetzt 50 Prozent höher zu notiren und rückständige Aufträge auch dieser Preissteigerung zu unterwerfen.

Wie steht es nun hier mit der stilllichen Entrüstung und der Moral, wie sie uns übrigen Arbeitsmenschen noch gilt?

„Ja, Bauer, das ist was Anders.“

**Aus der Lausitz.** Die Weber der Drißchaften Ringshain, Lautenwalde, Nieder-Neukirch, Ober-Neukirch, Weisa, Sohlan b. a. d. Spr., Steinigtwaldsdorf und Wehrsdorf haben an die gesammten Fabrikanten der sächsischen Lausitz eine Petition gerichtet, in welcher sie ihre traurige Lage schildern und um Lohnerhöhung bitten. Es wird in derselben zunächst auf die hohen Lebensmittelpreise, sowie auf die Miethwohnungs-Veruerung und das unterirdische Feuerungsmaterial hingewiesen und zum Schluß heißt es dann wörtlich:

„Durch die ungewöhnlichen niedrigen Lohnsätze ist die Existenz der Lohnweber gefährdet und das gleiche Fortschreiten mit der Zeit und anderen Professionisten gegenüber nicht denkbar. Unser Verdienst ist bei einer täglichen Arbeitszeit von 16—18 Stunden, wobei Frau und Kinder mit thätig sein müssen, wöchentlich 1 1/2, bis 2 1/2 Thlr. — ein Betrag, der nicht ausreicht ist, eine Familie bei den jetzigen täglich steigenden Produktpreisen nur nothdürftig erhalten zu können. Diesen traurigen und kläglichen Verhältnissen des Webers abzuhelfen, das ist die Bitte, welche wir sämmtlichen Weber der sächsischen Lausitz unsern geehrten Fabrikanten vortragen. So richten wir denn, in Anbetracht des oben Angeführten, an sämmtliche Fabrikanten der sächsischen Lausitz das ergebene Gesuch, nach dem Beispiele der sich in Schlesien und der Rheinprovinz befindlichen Fabrikanten, unter sich eine Beprechung zu veranstalten, um durch eine Lohnerhöhung von 20 pCt. der bedrängten Lage des Lohnwebers abzuhelfen.“

Die „Ergebeneit“ dieser unglücklichen Verhungernden läßt ihr Gland nur um so greller hervortreten! **Leipzig.** Durch die progressive Steigerung der Preise aller Lebensbedürfnisse sahen sich die Glasergelassen von Leipzig und Umgegend veranlaßt, eine Lohnerhöhung von ihren Meistern zu fordern. Es wurde am 31. October ein Komitee gewählt, welches ein Zirkular ansanderte, worin den Meistern die Ursachen klar gelegt wurden, die eine Lohnerhöhung nöthig machten. Auch wurde verlangt, daß die Arbeitstunde von 6—7 Uhr Sonnabend und Montag wegfallen. Zugleich wurden die Meister zu einer Versammlung eingeladen. Es erschienen jedoch von den leipzig Meistern nur fünf.

Die Glasergelassen, überzeugt, daß die von ihnen gestellten Forderungen sehr gerecht und zugleich gemäßigt waren, mußten in der geringen Theilnahme der Meister an der anberaumten Versammlung eine Ueberraschung seitens der Meister finden. Es wurde deshalb der Beschluß gefaßt, aus der Isolirung, in der sich bis jetzt die Glasergelassen befanden, herauszutreten und sich jetzt zu organisiren. Die Organisation der Internationalen Gewerkschaften wurde für die beste befunden, demnach wurde beschlossen, sich derselben als Sektion anzuschließen. Die Gründe für den Anschluß an die betreffende Gewerkschaft haben wir bereits in einer der vorigen Nummern dieses Blattes angeführt. In der Sitzung, die wir nach der Konstituierung hatten, waren bereits einige über achtzig von den hundert hier arbeitenden Glasergelassen der Sektion beigetreten, und die Mehrzahl des kleinen Restes, welcher sich noch nicht hat einschreiben lassen, werden es wohl in der nächsten Sitzung thun.

Als die Glasmeister sahen, daß es Ernst wurde mit der ganzen Sache, so beriefen sie eine Versammlung der sämmtlichen Glasmeister und selbstständigen Glaser ein, in der sie nach längerer Debatte die Forderungen des Gehilfen für gerecht fanden und dieselben bewilligten, sowie eine Kommission einsetzten, welche die Beschlüsse der Meisterversammlung dem Komitee der Gehilfen mittheilte. Demnach fallen vom 1. Januar 1872 die beiden bezeichneten Arbeitsstunden weg und tritt vom 1. März eine Lohnerhöhung von 20 Prozent ein.

Ermutigt durch den ersten Sieg, den wir durch unsere Vereinigung erfochten haben, werden wir uns nun immer fester und fester schließen und können wir der Zukunft sehr ruhig ins Auge sehen; in unseren Zusammenkünften werden wir uns immer klarer werden, welche Stellung wir heute in der menschlichen Gesellschaft einnehmen, und welche wir in der Zukunft einnehmen müssen; wir werden uns klar werden über den Zweck der Genossenschaften und ihr Endziel: an Stelle des Lohnsystems die genossenschaftliche Arbeit zu setzen, durch welche Jeder den vollen Ertrag seiner Arbeit erhält. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß wir für die Verwirklichung unserer Ideen uns noch viel berathen und noch viel lernen müssen. Dazu aber bieten die Genossenschaften die beste Gelegenheit.

Möge dieser kleine Sieg, mit dem wir unser Werk begonnen haben, nicht nur eine Befestigung unserer Organisation bewirkt haben, sondern möge er auch unsern Arbeiterbrüdern allerorts zeigen, daß unsere ganze Macht in der Vereinigung liegt, einer Vereinigung, die für die Gegenwart und Zukunft alle Interessen des Arbeiters wahr und vertreibt; einer Vereinigung, die parallel mit dem fortschreitenden Zeitgeist sich entwickelt, und von denselben nicht überflügelt wird. Darum rufen wir nochmals allen Gläsern Deutschlands sowie allen Holzarbeitern und allen Arbeitern überhaupt zu: Ahmt unser Beispiel nach und vereinigt Euch!

Unorganisiert sind wir nichts — organisiert sind wir Alles!

**Leipzig.** 24. Nov. Aus der besten aller Welten. Vor einigen Tagen meldete das „Tageblatt“, der Fürwächter Fischer aus Gohlis habe sich aus Nahrungsorgen das Leben genommen. Dadurch ward folgende Annonce im heutigen Tageblatt hervorgerufen:

„Widerrufen. Fischer aus Gohlis ist kein Fürwächter, sondern Wasser, und hat sich nicht aus Nahrungsorgen, bloß aus Verzweiflung und Ergeßlichkeit das Leben genommen, da er, obdachlos keine Aufnahme von dem Inspektor des Bezirks-Armenhauses zu Wölkern gefunden.“

Die unglückliche Witwe, mit zwei unermöglichen Kindern. (Wie in einer spätern Nummer des „Tageblattes“ bemerkt wird, hat der Inspektor nicht das Recht, über die Aufnahme ins Armenhaus zu verfügen; das sei Sache der Armenverwaltung. Ob „Inspektor“ oder „Direktion“, — genug, dem obdachlosen Fischer ist die Aufnahme ins Armenhaus verweigert, und er dadurch zum Selbstmord geziehen worden. „Und das nennt sich ein christliches Land!“ Geschrieben am Bußtag des Jahres des Heils 1871. D. R. d. B.)

# Politische Uebersicht.

Von welchem Geist die Versailler Landjunkturkammer befeelt ist, zeigen die skandalösen Szenen der Sitzungen vom 8. und 9. dieses. Ein Deputirter, Mailard, der in schäuderhafter Weise die Aufhebung des Belagerungszustands beantragte, wurde öftt reichthätig niedergebrellt. (Bis zur Rohheit des „haut ihm!“ verstieg man sich freilich nicht.) Ein ähnliches Schicksal hatte der Antrag Rouvier's auf Aufhebung des Belagerungszustands in Marseille, nur mit der Abwechslung, daß Rouvier zur Ordnung gerufen ward, weil er, erbittert über die rohen Unterbrechungen, ausrief: „Es liegt nicht an Ihnen, wenn Ruhe in Marseille herrscht. Sie haben der öffentlichen Meinung eine blutige Herausforderung ins Gesicht geschleudert! Ich will Niemandes Gewissen richten; aber die Geschichte wird mein Urtheil bestätigen!“ Aber dies war nur das Vorspiel der Szenen des nächsten Tags. Wir geben über dieselben den Bericht der (orleanistischen) „Independance Belge“:

„In der Samstagssitzung erlangte der radikale Deputirte Ordinaire zu einer persönlichen Bemerkung das Wort: „Ich will“, sagt er, „keine aufreizenden Worte vernahmen lassen, sondern nur eine einfache Berichtigung vornehmen. Man hat sich im Laufe der gestrigen Sitzung bemüht gesehen, zu sagen, daß wir für alle unsere Handlungen solidarisch seien; ich erkläre hiermit, was mich betrifft, daß ich die Solidarität für die Handlungen der Gnadenkommission nicht annehme.“ Diese Worte sind das Signal zu einem heftigen Sturm; ein wilder Wortwechsel entspannt sich; durch das verworrene Durcheinander der Stimmen ertönen von den Bänken der Majorität der Auf: Zur Ordnung! Zur Ordnung! Ordinaire verläßt die Tribüne. Die Kerbedel (von seinem Blase): „Die Gnadenkommission und die Kammer ist eins und dasselbe.“ Tadellet: „Möge das Blut auf Sie fallen!“ Neuer heftiger Lärm; Grey läutet mit der Präsidentenglocke und bringt den Lärm endlich zum Schweigen. Eine Stimme auf der Linken: Sie haben uns aus dieser Kommission ausgeschlossen. Ordinaire: „Es ist keine Gnadenkommission, es ist eine Kommission von Würdigen!“ Raum ist dieses Wort erschollen, so erhebt sich auf der Rechten und im Centrum ein so fürchterlicher Lärm, daß man sein eigenes Wort nicht verstehen kann; das Brüllen und Rufen der Majorität, welche „zur Ordnung“ schreit, kommt nicht eher zur Ruhe, als bis der Präsident, zum ersten Male in dieser Versammlung, den Antrag stellt, die „Zensur“ gegen Ordinaire auszusprechen. Fast die ganze Kammer erhebt sich, unter dem Freudenruf der Rechten und des Centrums, für diesen Antrag, welcher Ordinaire auf die Dauer von vierzehn Tagen seiner Rechte und Diäten als Deputirter beraubt und den öffentlichen Ansehens dieses Beschlusses in allen Gemeinden seines Departements zu Folge hat. Einen würdigen Epilog zu diesem Zwischenfall bildet ein von Dufaure eingebrachter Gesetzesvorschlag, welcher fast gänzlich in den verhassten Justizminister wieder in der Gunst der Majorität zu rehabilitieren. „Endlich! Endlich!“ erschallt es von den Bänken der Rechten. Dufaure ersucht nämlich die Kammer um Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung der Journale, welche die Gnadenkommission beleidigt haben. Das Gesetz von 1819, auf welches der Minister sich bezieht, verhängt über die Mütter, die sich eine Beleidigung der Nationalversammlung zu Schulden kommen lassen, die strengsten Geld- und Gefängnisstrafen. Unter den lebhaftesten Beifallrufen der Rechten motivirt Dufaure seinen Antrag. Die von ihm erlangte Dringlichkeit wird genehmigt.“

„Versailles! O Ort der Abgeschlossenheit und der Verblendung, traurige Stadt!“ so schließt der Berichterstatter des gutmonarchischen Blatts.

Der Antrag Dufaure's wird selbstverständlich durchgehn, und Louis Ulbach, der bekannte republikanische Journalist, welcher neulich wegen eines einfachen Zeitungsartikels vom Kriegsgericht zu 3 Jahren Gefängnis und 6000 Frs. Geldstrafe verurtheilt wurde, bald zahlreiche Gesellschaft finden. Was nun endlich die Maßregelung Ordinaire's betrifft, so bildet sie ein würdiges Seitenstück zu der Maßregelung Debels im Deutschen Reichstag. Die Versailler Majorität kann gleich der Berliner die Wahrheit nicht hören, weil sie weiß, daß die Wahrheit ihr tödtlich ist. — Um gegen den Wiederkehr solcher Unannehmlichkeiten gesichert zu sein, wollen die Versailler, da Ordnungsruf und „Zensur“ ihnen nicht genügen, ein Gesetz anfertigen, das die vollständige Ausschließung unliebblicher Deputirten ermöglicht. Damit wäre der Stein der Weisen des modernen Parlamentarismus glücklich gefunden, und auch der Firma Lasker-Simon ein rettendes Breit hingeworfen! —

Zum großen Aerger der Bismarckjünger ist Beust auf der Fahrt nach London, wo er den Posten eines Oesterreichischen Gesandten bekleiden soll, über Versailles gereist. Der Gedanke, daß dort von „Kewange“ für Sabowa und Sedan geredet worden, lag unangenehm nah. Ein Pariser Telegramm spendet den Herren jetzt Trost. Es lautet: „Beust's Rückprache mit Thiers bezog sich, gutem Vernehmen nach, auf legislatorische Maßregeln gegen die Internationale. Es wird infolge dessen ein darauf bezüglicher Gesetzesentwurf vor die Nationalversammlung gebracht werden.“ Also die Internationale ein Oligableiter für das Bismarck'sche Preußen. Und doch ist man in Berlin so undankbar, uns alle möglichen und unmöglichen Polizeidirektoren, Stieber und Staatsanwälte auf den Hals zu hegen! Die Herren sollten doch etwas erkenntlicher sein! —

Der republikanische spanische Abgeordnete Castelar hat neulich, bei Gelegenheit des vom Minister des Innern in den Cortes eingebrachten Gesetzesentwurfs, betreffend das Verbot gegen die Internationale, eine Rede gehalten, deren Haupttheil wohl zu dem Besten gehört, was jemals in einem gesetzgebenden Körper für die Gedankenfreiheit gesprochen worden ist. Castelar ist keineswegs Mitglied der Internationalen, sondern — wie viele unserer Leser aus seinem vor ungefähr 2 Jahren an die Wiener „Neue freie Presse“ gerichteten Briefe sich vielleicht noch erinnern werden — nur bürgerlicher Republikaner und dazu sehr religiös. In der gedachten Rede, in welcher er sich übrigens offen als Gegner des Kollektiveigentums und für Beibehaltung des Erbrechts — also gegen die Prinzipien der Internationalen — erklärt, plaidirt er nur für den Schutz der Gedankenfreiheit und beweist, daß die Bestrebungen der Internationalen, selbst wenn sie unpraktisch oder lächerlich sein sollten, doch keineswegs moralisch sind, also auch nicht straffällig sein können. Die Eigentumsbegriffe seien zu verschiedenen Zeiten verschieden gewesen, folglich könne man auch der Internationalen nichts anhaben, wenn sie einen, von den augenblicklich gangbaren abweichenden Eigentumsbegriff lehre. Hier zitiert der Redner sehr geschickt mehrere Stellen aus der Bibel des Neuen Testaments und aus den Kirchenvätern, — so die Erzählung in Lukas und Matthäus, in welcher gesagt wird: „Berühre Alles was du hast, denn leichter geht ein Kamel durch ein Nadelohr, als ein Reich durch das Himmelsthor.“ ferner den Ausspruch eines Kirchenvaters: „Jeder Reiche ist ein Dieb oder der Sohn eines Diebes,“ sowie den Ausspruch des heil. Chrysostomus: „Als die Kirche von Jerusalem das Eigentum zer-

störte, hat sie damit die Wurzel alles Bösen zerstört“, ferner die Worte des heil. Cyrilian: „Sind Sonne, Luft und Regen nicht für Alle? Eben so sollen die gesellschaftlichen Güter sein; sie sollen unter alle Menschen gleich vertheilt werden,“ und endlich was der heil. Gregorius sagte: „Wer die geringsten Zinsen für sein Geld nimmt, gleicht dem Wegelagerer und Straßenräuber.“ — und sagt: „Nun meine Herren, wenn die Bücher, aus welchen Sie Ihre Moral schöpfen, so sprechen, — wollen Sie die Internationale verdammen? Verbrennen Sie doch zuerst das Evangelium und die Kirchenväter!“ —

Wir werden diese Rede, sobald es der Raum unseres Blattes gestattet, möglichst ausführlich wiedergeben; sie empfiehlt sich zur Lektüre namentlich bornirten Staatsanwälten und Polizeimenschen; aber auch unseren engern Parteigenossen; denn, wenn auch einzelne Unrichtigkeiten darin vorkommen, wie z. B. die (wie es scheint in Spanien ziemlich verbreitete) Meinung, daß Bakunin der Schöpfer und die Seele der Internationalen sei, so ist sie doch im Großen und Ganzen eine durch blühende Sprache, gedankenreichen Inhalt und geistvolle Beweisführung sich auszeichnende, hoch beachtenswerthe oratorische Leistung eines gesinnungstüchtigen Gelehrten.

## Landesversammlung der Sächsischen Sozialdemokraten.

Auf vielseitig ausgeprägten Wunsch wird die Landesversammlung der Sächsischen Sozialdemokraten nicht am 3. Weihnachtstagsfeierabend, wo Mancher durch Arbeit am Erscheinen verhindert wäre, sondern den ersten Sonntag nach Neujahr, also den 7. Januar, in Chemnitz abgehalten werden. Gegenstände der Besprechung: Die Maßregelungen auf Grund des Vereins- und Versammlungsgesetzes, Gewerkschaftswesen, Gemeindevahlen und Gemeindevahlrecht, Kirchenvorstandswahlen. Die Redaktion der „Chemnitzer Freien Presse“, Lindenstraße 5, wird die nöthigen lokalen Vorbereitungen treffen, und ist bereit, auf etwaige Nachfragen Auskunft zu geben.

## Kinder-Arbeit in den Fabriken!

Wir veröffentlichen heute 2 beachtenswerthe Zuschriften, die wir der Aufmerksamkeit unserer Behörden — falls die „Wildgansjagd“ auf die Sozialdemokratie ihnen Zeit läßt — aufs Ernste empfehlen.

**Krimmitschau, 11. Dezember.** Das Verbot in der Gewerbeordnung, daß Kinder unter 12 Jahren nicht in den Fabriken arbeiten dürfen, wird ungeachtet der größeren Strenge, welche die Behörden in Folge der Beschwerden der sozialdemokratischen Presse beobachten, noch immer umgangen. Leider sind es viele Arbeiter, die zu dieser Ausbeutung und dem Ruin jugendlicher Menschentraft bereitwillig die Hand bieten. Zu bornirt, um einzusehen, daß ihnen in ihren eignen Kindern eine Konkurrenz erwächst, die naturgemäß ihren eignen Lohn drücken muß, zu demoralisirt und gewissenlos, um einzusehen, daß es ein Verbrechen an ihrem eignen Fleisch und Blut ist, wenn sie ihre Kinder dem sittenverderbenden, physisch und moralisch das junge Leben vernichtenden Einfluß der Fabrik preisgeben, bieten sie vielmehr bereitwillig jede Hülfe, um sie auf dem Altar des Mammonismus zu opfern. Unsere „gebildete und gesittete“ Bourgeoisie aber, welche die „Sitt“, die „Tugend“, die „Civilisation“ repräsentirt, unbühe eignen Kinder sorgfältig davor bewahrt, daß sie ihre Kräfte in einer alles moralische, geistige und physische Leben tödenden Arbeit nicht vernichten, hegt die Arbeiter mit allen Mitteln gegen diejenigen auf, welche die Kinderarbeit beschränken und noch lieber ganz unterdrücken wollen. Was kümmert sie die Vernichtung von so und so viel Weien, wenn ihr Geldbeutel darunter nur nicht leidet? Was kümmern sie die Heftatomben von Kinderfleisch und Kinderblut, welche im „Interesse der Industrie und des Fortschritts“ vernichtet werden? Wenn sie und ihre Brut nur im Ueberflusse schmelzen, ihre Lüste beliebig befriedigen und dabei auch noch für ihre „legitime“ Nachkommenschaft — denn die „illegitime“, die aber oft zahlreicher als die „legitime“ ist, bleibt außer Betracht — Kapitalien zusammenhäufen kann, groß genug, die „Herren der Erde“ würdig zu spielen, — dann hat sie ihr „Ideal“ verwirklicht.

Und hindert sie bei diesem Geschäft die Gesetze, die Gesetze die von ihrer eignen Klasse gemacht wurden, so macht sie sich auch kein Gewissen daraus, die Gesetze zu umgehen. Die Gesetze sind ja nur für die „Kanaille“, das Volk, besonders die Arbeiter; sie, die „Herren“ brauchen sie nur zu halten, wo es ihnen paßt, wo das „Geschäft“ keinen Schaden leidet und der „Profit“ ungehindert fließt.

In der Fabrik des H. Hüffer hier, eines der bedeutendsten Fabrikanten, besteht zum Beispiel die schöne Einrichtung, daß der Aushuber aufpassen muß, wann die Polizei kommt. Sobald diese sich naht, giebt es auf ein Zeichen ein erhebendes Schauspiel. Sämmtliche Kinder unter 12 Jahren müssen ihre Plätze verlassen und in der Schlosserwerkstatt, auf dem Boden und sonstigen Räumen, wo die Polizei erfahrungsgemäß nicht „isirt“, untergebracht werden.

Der Buchhalter Fude bei Wipper und Wie hat alle Andreher als zwölftjährig angegeben und für sie von der Polizei Arbeitsbücher erhalten, obgleich, wie allgemein behauptet wird, viele unter 12 Jahr alt sind. Ferner werden Andreher (Kinder) versteckt bei Julius Birner und Constantin Herz. Depler hat seine alljuugendlichen Andreher geheißt, bis Nachmittags 3 Uhr zu Hause zu bleiben, bis die Polizei da gewesen sei.

It das nicht nett? Und wie hübsch, daß die Herren so genau wissen, wann die Polizei kommt, damit diese genasführt werden kann! Es sind prächtige Zustände, in denen wir uns befinden, und damit Sie sehen, wie genau unsere Fabrikanten die Gesetze kennen und auch halten, wo sie ihnen nügen, will ich Ihnen in einem nächsten Artikel einiges über Verwirklichung des Hauptpflichtgesetzes, speziell die Handhabung des samosen §. 4, mittheilen. Tantiem Lasker, die Mutter jenes Paragraphen, wird Freude dran haben.

**Werdau, 8. Dez.** Schon mehrmals sind uns Mittheilungen zugegangen, daß einestheils die Fabrikanten, andertheils die häßlichen Beamten der Ältern, vorzüglich die Frauen der aus Arbeit kommenden Kinder, welche das zwölfte Jahr noch nicht erreicht haben, gegen die Arbeitervereine als die schuldige Ursache, daß Kinder unter 12 Jahren in der Fabrik nicht arbeiten dürfen, aufbeben. Heute hatte ich nun selbst Gelegenheit, dies zu erfahren. Ich ging aufs Rathhaus, um ein Arbeitsbuch für meinen Sohn zu holen; als ich dasselbe erhalten, fragte mich der Aussteller, ob ich wisse, wer daran schuld sei, daß Kinder unter zwölf Jahren nicht mehr in der Fabrik arbeiten dürfen? Natürlich war ich sehr gespannt, die Ansicht dieses Herrn zu erfahren: „Daran sind die Arbeitervereine bei Kinnbess und der „Krimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“ schuld“, sagte er. Ich entgegnete, daß doch das Gesetz schon vor zwei Jahren im Reichstage, wo doch die Arbeiterpartei schwach vertreten sei, zur Annahme gekommen, mithin müßten die andern Abgeordneten doch auch mit dafür gestimmt haben, und auf dem sächsischen Landtage sei dasselbe beschlossen worden. Meine Ansicht, daß die Fabrikherren der schuldige Theil seien, diese hätten durch die unumsehlich lange Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 9 und 10 Uhr, Sonnabend sogar bis 12, es selbst dahin gebracht, daß endlich Stimmen gegen diese schmachvolle Ausbeutung und die die Gefundheit der Kinder untergeordnete Sitt laut geworden seien; das gab er schließlich auch zu.

\*) In Beding aber kann man heute, selbst wenn man hohe Zinsen nimmt, Landtagsabgeordneter und Stadtverordneten-Vorsteher werden. Es ist etwas Eigentümliches mit der Moral der Courten!

\*\*) Wildgansjagd — so nennen die Engländer irgend ein Unternehmen mit unerreichbarem Ziel.

Die Arbeitervereine bei Kinnbess und der „Krimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“ können stolz „darauf sein, als gesetzgebende Faktoren für das ganze Reich von dem Herrn angesehen zu werden, diesen hat man es also zu danken, wenn die Gesetze nicht bloß papierenes Dasein, denn der Herr meint: das Petitioniren hätte es so weit gebracht.“

Hierbei fällt mir der Ausspruch Debels im Reichstage ein, daß die ganze Reichsverfassung das Papier nicht werth sei, worauf sie geschrieben.

Unsere Gegner. Das „Chemnitzer Tageblatt“ brachte vor einigen Tagen nachstehende Nordgeschichte, die von der nationalen Presse natürlich mit Behagen nachgedruckt wurde:

„Ein Vorfall“, der sich in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ereignet hat und den wir nachstehend mittheilen, gibt uns Veranlassung, die Arbeiter darauf hinzuweisen, wie verkehrt es ist, wenn noch jetzt die früheren Delegirten des beendeten Streites durch Beiträge der Arbeiter unterstützt werden, lediglich um das Nichtstun derselben befördern zu helfen. In dem Saale der Stadt Mannheim erschien in später Nachtstunde der Bürger J. Most mit einer größeren Anzahl seiner Parteigenossen, die sehr bald mit den noch anwesenden Gästen einen heftigen Streit gerietzen, so daß der Wirth, einen schlimmeren Ausgang befürchtend, gegen 1/3 Uhr auf die Polizeiwache sandte und Hülfe verlangte. Währendem hatte aber auch der Bürger Most nach Unterstützung auszuhandeln, da die Möglichkeit vorhanden war, daß er mit seinem Anhang an die Luft gesetzt werde. Diese Unterstützung war denn auch sehr bald bei der Hand. An der Spitze von 10 Mann erschien der Schlosser und Delegirte Linke, der, ein Doppelterzerol aus der Tasche ziehend, sich sofort in den Streit mischte und die Waffe hoch in der Hand haltend, solche auf die Gegner richtete. Hierbei ward er aber von der inzwischen angelangten Polizeimannschaft abgeseht und, nachdem die Ruhe hergestellt worden, auf die Wache geführt, woselbst man ihm die, wie es sich herausstellte, nicht geladene Waffe abnahm. Es ist, wie schon gesagt, ein eigentümliches Verhalten dieser Delegirten, von den Unterstützungen der Arbeiter zu leben und dabei in den Wirthshäusern in solchem Uebermuth aufzutreten und zu rennomiren.“

Darauf brachte die Chemnitzer „Freie Presse“ am 13. Dezember folgende „Abfertigung“, die von der nationalen Presse natürlich nicht abgedruckt wird:

„Trotzdem wir uns vorgekommen hatten, auf das Gefubel im „Tageblatt“ keine Sybibe zu antworten, sehen wir uns doch veranlaßt, auf die vorkstehenden Gemeinheiten eine Abfertigung zu erlassen.“

„Zunächst sei erwähnt, daß Most und seine Freunde von einem Arbeiterfeste her kamen und beim Vorübergehen in „Stadt Mannheim“ eine Tasse Kaffee zu sich nehmen wollten; die Begleitung Most's stellte sich sofort als nothwendig heraus, da er sogleich von einer anwesenden Kotte auf das Größlichste beleidigt und insultirt wurde. — Es ist daher eine infamste Lüge, daß der Streit unserer Seite provozirt worden sei. Weiter ist es total erlogen, daß Bürger Linke mit einem Doppelterzerol die Gegner bedrohte. Er hatte dasselbe einfach einem seiner Freunde gezeigt und daß er es mit sich führte, kommt daher, weil er bei der Darstellung eines lebenden Bildes bei obenangedeutetem Arbeiterfeste mitwirkte und hiezu selbes benötigte. Eine freche Lüge ist es ferner, daß Most nach Unterstützung ausgehandelt hätte, denn er und seine Freunde wären im Falle eines Angriffes schon allein mit den Wegnern fertig geworden; auch muß erwähnt werden, daß er die größtentheils betrunkenen Bierphilister öffentlich als unzurechnungsfähig erklärte und seine Freunde ersuchte, dies als Willkürsgrund anzusehen. Falls indeß die Insultierung friedlich verkehrender Gäste so fortgehen sollte, müßte man allerdings schließlich bei der Behörde um einen Waffenpaß nachsuchen, damit man sich Gauden und Strolchen gegenüber schützen kann; vorläufig genügt es schon, gruppenweise auszugehen, da das jammervolle Philisterpaß nur dann unverfälscht ist, wenn es einzelne Personen vor sich hat, aber sofort die größte Feigheit an den Tag legt, wenn mehrere Gegner anwesend sind. Schließlich sei noch bemerkt, daß die Sozialdemokraten in nächster Zukunft die gehörigen Mittel in Anwendung zu bringen wissen werden, um einem frechen, verleumderischen, sich menschenfresserartig betragenden Abhub gegenüber sich zu sichern. Dies zur Abfertigung:

Gust. Schubert, Herm. Müller, Eras. Willkomm, L. G. Kiehnaupt, Konr. Fischer, Jos. Schwarzinger, Wilh. Hengst, J. Most.“

## Für Ludwig Feuerbach.

J. Obr. Schwelm 1 Thlr., von Landwirth R. in St. in Westphalen 2 Thlr. D. Exp. d. B.

## Für die Chemnitzer Gemahrgelste.

Von einigen Arbeiterinnen 15 Ngr., von mehreren Arbeitern 20 Ngr. durch Anton Eckert. D. Exp. d. B.

## Anfrage

an Herrn G. Anieling, Christianstr. 16 IV. in Dresden. Haben Sie den Brief von 5. November d. J. nicht erhalten? Bitte um Antwort. Ronneburg, den 12. Dezember. Georg Seebach.

## Für Pforzheim.

Die Parteigenossen werden aufgefordert, sich Montag, den 18. Dezember, Abends 8 Uhr zu einer Versammlung im Nebenzimmer der Bierbrauerei Hof einzufinden. Tagesordnung: 1) Ueber Verfassungen. 2) Wichtige geschäftliche Besprechungen. Gäste sind willkommen. Mit sozial-demok. Gruß Der Bev. Ludwig Scholl, Gutloheuer.

## Für Nürnberg.

Die hiesigen Abonnenten des „Vollstaar“ werden ersucht, ihre Bestellungen von nun an im Gasthause „Zum goldenen Baum“ oder „Neuerer Kaiserplatz No. 9—11 im Hinterhaus bei Baumann zu machen. Es sind dadurch den Abonnenten die Postplacette erspart. Preis des Austrägerlohnes per Quartal 3 Kreuzer. Die Filialexpedition.

## Für Breslau.

**Sozial-demokratische Arbeiter-Partei.** Montag, den 18. d. M. Abends 8 1/2 Uhr öffentliche Versammlung in Zentz's Brauerei, Margaretenstraße 7 parierte. Tagesordnung: Das wichtigste Kampfmittel des Proletariats gegen die heutige Gesellschaft. Vortrag von B. Geiser. Die Parteigenossen werden um recht zahlreiche Theilnahme ersucht. Gäste sind gern gesehen. D. Dehme.

## Für Leipzig.

**Internationale Metallarbeiter-Schaft.** Versammlung Montag, den 18. d. M. Abends 1/8 Uhr in Restaurant Victoria (Goldne Säge). Tagesordnung: 1. Besprechung über die Generalversammlung Wahl des Vororts. Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend nothwendig. Aufnahme neuer Mitglieder. Der Bevollmächtigte.

## Telegramm.

Glauchau, 14. Dezember. Bei den hiesigen Stadtverordnetenwahlen hat die Sozialdemokratie glänzend gestiegt. Es lebe die Kommune.

Leipzig: Verantw. Redacteur A. Heyner (Redaction: Petersstraße 18.) Druck u. Verlag von J. Thiele (Expedition: Petersstr. 18.)